

Zwei wichtige Termine im September

Ich danke für die Gelegenheit, in meinem kurzen Beitrag in „ISOR aktuell“ den Mitgliedern von ISOR, unserem größten Verband, den Dank für ihre Arbeit auszusprechen. Von Anfang an wurde der solidarische Kampf gegen Diskriminierung und Rentenunrecht umfassender gesehen und bewusst geführt als aktive Mitglieder der weltweiten Friedensbewegung. Es geht bei unserer Tätigkeit nicht um das Beweinen der Vergangenheit, sondern um die Zukunft, um die Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft in Deutschland, Europa und letztlich weltweit, einer Gesellschaft, deren Grundprinzip der Frieden ist.

Jedes Jahr am 01.09. wird der Weltfriedenstag, respektive der Antikriegstag von den Völkern der Welt begangen in Erinnerung an den Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen und damit der Auslösung des 2. Weltkriegs. Das zweite wichtige Datum ist der 09.09. zur Ehrung der Kämpfer gegen den Faschismus und aller Opfer dieses Menschheitsverbrechens.

Um das deutsche Volk kriegstüchtig zu machen, setzten die reaktionären imperialistischen Machthaber in Deutschland auf die faschistische Partei, die sogenannten „Nationalsozialisten“, damit mit ihrer Hilfe jeglicher Widerstand gegen den Kriegskurs des Großkapitals gebrochen wird.

Deshalb sind beide Termine untrennbar verbunden. Richtschnur unseres Handelns ist von Beginn an, als Antifaschisten und Kämpfer für den Frieden, der Schwur von Buchenwald. Im Sinne Ernst Thälmanns sind Tage des Gedenkens und der Ehrung zu nutzen, die Ziele unserer Aktivitäten in breite Schichten der Bevölkerung zu tragen. Sie bestehen in der Schaffung der für uns notwendigen Klarheit in unserem Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit

In Deutschland überschlagen sich die Vertreter der Ampelparteien im „Kampf gegen den Faschismus“ für „Demokratie“. Die damit verbundene Heuchelei ist kaum noch zu überbieten.

In den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen sie die Bekämpfung der AfD und meinen mit der Bekämpfung dieser reaktionären, in Teilen faschistischen Partei, sei die Hauptgefahr für eine faschistische Entwicklung in Deutschland be seitigt.

Die politische Gefahr des Faschismus ist keineswegs damit überwunden. Der Sumpf, aus dem die faschistische Ideologie hervorgeht, sind der bürgerliche Konservatismus und der Antikommunismus.

Die Gegenwart zeigt deutlich, dass die bürgerlichen Parteien in diesem Land stark nach rechts rücken. So werden aus christlichen Demokraten, aus Sozialdemokraten und pazifistischen Grünen sehr schnell die Beförderer der Rüstungsindustrie und im Extremfall werden sie zu Kriegshetzern, die ihre Verantwortung für die eigene Bevölkerung (von ihr Schaden abzuwenden) aufs Gröbste missachten.

Eine Strategie, den Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten, wie es der Schwur von Buchenwald fordert, kann nur auf der Basis einer Gesamtstrategie zur Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft erfolgen. Antifaschismus ohne Antikapitalismus ist oberflächlicher Aktionismus, der sich nicht wirklich mit den Wurzeln und Ursachen des Faschismus auseinandersetzt.

Das offen von Politik und Medien geschrüte öffentliche Klima einer wütenden Abrechnung mit der antifaschistischen DDR und ihren Eliten flankiert die aberwitzigen Pläne der Bundesrepublik, sich mit militärischen Mitteln im Kampf um die neue Weltordnung und für die Rohstoffsicherung zu engagieren.

Erneut ist die Schaffung von Kriegstüchtigkeit in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Wir leben in einer Welt voller Gewalt und Brutalität, aber mit Möglichkeiten zu ihrer Veränderung. Wir leben in einer Welt voller Widersprüche, in der es auf die bewusste Tätigkeit zur Veränderung der Welt desto mehr ankommt. Ein herausragendes Beispiel für unseren Einsatz für Frieden und Völkerverständigung ist die vom Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V. gemeinsam mit ISOR, der GRH und GBM organisierte Friedenskonferenz und insbesondere die in einer Broschüre veröffentlichte Stellungnahme zum Weltfrieden „Soldaten für den Frieden“.



Zu unseren Forderungen gehört deshalb:

- Verständigung, Frieden und gegenseitige vor teilhafte Zusammenarbeit mit Russland und zwischen allen Völkern und Staaten
- Wir fordern die Anerkennung der Legitimität der Sicherheitsinteressen Russlands, weil das mit den Interessen der anderen Staaten und Völker übereinstimmt und dazu beiträgt, günstige Bedingungen für Frieden, Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu schaffen
- Von der deutschen Regierung fordern wir eine Politik, die diesem humanistischen Anliegen dient und die Verwirklichung der hegemonialen Ziele der USA vereitelt
- Stopp und Rückbau der wortbrüchigen NATO-Osterweiterung
- Beendigung der Militarisierung der Länder Osteuropas
- Lasst uns ein gemeinsames Programm der Friedenswilligen in Deutschland und ein Aktionsprogramm zu seiner Verwirklichung erarbeiten und umsetzen! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg
- Alles zu tun gegen imperialistische Machtpolitik und jede Form von faschistischen Tendenzen in der Politik.



ISOR e.V. wurde 1991 gegründet, als der deutsche Staat die Angehörigen der bewaffneten Organe aus der Krankenversicherung genommen hatte und meinte, jeder möge sich privat versichern.

Die umgerechnet auf 1,47 Rentenpunkte erfolgte politisch motivierte Kürzung der Altersversorgung durch die letzte Volkskammer der DDR, von denen auch heute noch etliche als DDR-Hasser glänzen, wurde durch den bundesdeutschen Staat auf max. 0,7 Rentenpunkte für Mitarbeiter des MfS und auf 1,0 Rentenpunkte für Angehörige der NVA, der Grenztruppen, des Ministeriums des Innern und der Zollorgane der DDR abgesenkt.

Die DDR sorgte für seine Staatsangestellten in bescheidenerem Umfang als die Bundesrepublik. Das heißt, die DDR privilegierte seine Staatsangestellten nicht. Sie gab ihnen jedoch auf der Grundlage einer privaten Einzahlung in die Rentenversicherung die Möglichkeit einer pensionsähnlichen Altersversorgung.

Diese Versorgungsart wurde bewusst bei der Rentenüberleitung „vergessen“. Statt Einzahlungen in die Altersvorsorge zu berücksichtigen, wurde dieser Personenkreis in die „gesetzliche Rentenversicherung“ überführt. Doch nicht genug! Mit der Überführung wurden die Rentenansprüche nochmals massiv gekürzt. Dies geschah auf diskriminierende, grundsätzlichen Rechtsauffassungen

widersprechende Weise und ist als Strafrente für „systemnahe“ DDR-Bürger zu werten.

Auf dieses Unrecht musste eine Reaktion erfolgen mit der Zielstellung, gegen dieses Rentenunrecht anzukämpfen. Folgerichtig schlossen sich die Angehörigen der bewaffneten Organe 1991 zu unserem Sozialverein ISOR e. V. zusammen, der auf 29.000 Mitglieder anwuchs und von Beginn an den Kampf gegen dieses Rentenunrecht und für soziale Gerechtigkeit aufnahm. Auch wenn es nicht gelungen ist, das Rentenunrecht in Gänze zu beseitigen, konnte ISOR mit dazu beitragen, dass für die Angehörigen bewaffneter Organe, insbesondere der NVA und des MdI, andere, bessere gesetzliche Rentenregelungen getroffen wurden, und auch für das MfS konnte mit der Entscheidung des BVG von 1999 ein Rentenpunktewert von 1,0 erkämpft werden.

Heute, nach 34 Jahren, haben wir weniger als 20% dieser Mitglieder noch in unseren Reihen. Weitestgehend hat allein das Alter die Reihen gelichtet. Diese Mitglieder haben ihre uneingeschränkte Bereitschaft bekundet, den Kampf gegen das Rentenunrecht weiterzuführen, auch wenn aktuell nur politische Lösungen erreichbar sein werden. ISOR hat von seinen Mitgliedern den Auftrag, den Kampf gegen das Rentenunrecht und für soziale Gerechtigkeit in den nächsten Jahren weiterzuführen.

Unser Gewicht im politischen Kampf des OKV ist nach wie vor groß, und wir sind noch immer der mit Abstand mitgliedsstärkste Verein im OKV e. V. Wir bringen uns jetzt und künftig weiter in die

politischen Kämpfe ein. Wir stehen gegen Sozialabbau. Wir stehen für Rentengerechtigkeit auch für die Generation unserer Kinder, Enkel und Urenkel. Wir stehen für Frieden, denn nur in einem solchen kann man in sozialer Gerechtigkeit leben. Wir lassen unsere Erfahrungen, unsere Erinnerungen nicht zerstören. Wir verleugnen unsere Vergangenheit nicht. Wir betrauern diese auch nicht, sondern wissen sehr, sehr vieles Gutes, was im Heute einen Platz finden sollte. Mit unseren Freunden aus den Verbänden des OKV, unseren Partnern, die dem Runden Tisch Rentengerechtigkeit angehören, und vielen weiteren aktiven Mitstreitern für Frieden stehen wir weiter zusammen.

Heute ist es Zeit, Dank zu sagen an die Mitglieder des OKV und weiteren Verbündeten, die unseren rentenpolitischen und sozialen Kampf über die vielen Jahre unterstützt haben, Dank zu sagen für die vielen gemeinsamen Aktivitäten im Friedenskampf, die wir weiter fortsetzen werden, Dank zu sagen für das gemeinsame Pflegen dessen, was die DDR als Bewahrenswertes für das Heute uns mitgegeben hat.

Solidarität ist ein bedeutsames Erbe der DDR, welches heute in Erinnerung und im Gedenken an den 75. Jahrestag der Gründung der DDR unser gemeinsames Wirken in den Verbänden auszeichnet. Für das Erbe der DDR sagen wir Dank und werden dieses auch weiterhin im dialektischen Sinne pflegen, um es künftigen Generationen zu erhalten.

Joachim Bonatz, Vorsitzender ISOR e. V.

* * * * Rentenpolitisches * * * *

Viele Anfragen erreichten uns zur Kürzung der Rentenleistung von ehemaligen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und zum Zuschlag bei Erwerbsminderungsrenten. Zum Zuschlag bei Erwerbsminderungsrenten folgende Mitteilung:



Über die Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner ab Juli 2024 wird mit Bezug auf den Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-993404>, Stand 18.08.2024, wie folgt informiert:

Die Regelungen für die Berechnung einer Erwerbsminderungsrente wurden in der Vergangenheit wiederholt angepasst. Deutliche Verbesserungen gab es insbesondere ab Juli 2014 und ab Januar 2019. Profitiert haben damals jedoch nur Neurentnerinnen und Neurentner. Menschen, die zu diesen Zeitpunkten bereits eine Erwerbsminderungsrente erhielten, wurden nicht erreicht. Ziel des Erwerbsminderungsrenten-Bestandsverbesserungsgesetzes ist es daher, auch für sie die Erwerbsminderungsrenten zu erhöhen.

Wer hat Anspruch auf einen Zuschlag?

Grundsätzlich erhalten die Rentnerinnen und Rentner einen Zuschlag, deren Erwerbsminderungsrente in der Zeit von Janu-

* * * AUS DEM VORSTAND * * *

- Der Vorstand beschloss in seiner Sitzung am 17.07.2024, auf Vorschlag der TIG Chemnitz, Wolfgang Hupfer und auf Vorschlag der TIG Leipzig, Siegfried Lorenz, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen.
- Gratulation von dieser Stelle an die Eheleute Anneliese und Joachim Piller, die am 12.08.2024 ihren 70. HOCHZEITSTAG begangen haben.
- Der Vorstand konzentrierte sich intensiv auf die Vorbereitung der außerordentlichen Vertreterversammlung am 18.09.2024.
- Einen weiteren Schwerpunkt der Vorstandarbeit stellte die Abstimmung mit unserem Mitglied Hartwig Müller, Stellvertreter des
- Ministers des Inneren der DDR, dar. Hartwig hatte eine Petition eingereicht, die im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vor sich „hinschmort“. Sören Pellmann, MdB, Mitglied im Petitionsausschuss, sagte in einem Gespräch zu, diese Petition auf den Weg zu bringen.
- Die Mitglieder des Vorstandes nahmen und nehmen an verschiedenen aktuellen friedenspolitischen Aktivitäten teil. Dazu erfolgte die notwendige Abstimmung und Organisation.
- Der Vorstand stimmte die weiteren rentenpolitischen Aktivitäten mit dem Runden Tisch Rentengerechtigkeit e. V. ab.

- ar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat. Der Zuschlag wird gezahlt, wenn am 30. Juni 2024 ein Anspruch bestand auf:
1. eine Rente wegen Erwerbsminderung, die in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat, oder
 2. eine Rente wegen Alters, die unmittelbar an eine Rente wegen Erwerbsminderung nach Nummer 1 anschließt, oder
 3. eine Hinterbliebenenrente, die unmittelbar an eine Rente wegen Erwerbsminderung nach Nummer 1 oder an eine Rente wegen Alters nach Nummer 2 anschließt, oder
 4. eine Hinterbliebenenrente, die in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat und der verstorbene Versicherte unmittelbar vor Beginn der Hinterbliebenenrente keine eigene Rente bezog und am Todestag höchstens 65 Jahre und acht Monate alt war, oder
 5. eine Erziehungsrente, die in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat, oder
 6. eine Rente wegen Alters, die unmittelbar an eine Erziehungsrente nach Nummer 5 anschließt.

Ausnahme: Wer neben einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Verletzenrente aus der Unfallversicherung bezieht, bekommt unter Umständen keinen Zuschlag. Der Zuschlag wird ab Juli 2024 gezahlt. Es muss kein Antrag gestellt werden. Die Rentenversicherung prüft automatisch, wer Anspruch auf einen Zuschlag zu seiner Rente hat. Die Auszahlung erfolgt ebenfalls automatisch.

Wie wird der Zuschlag ausgezahlt?

Hier müssen zwei Zeiträume unterschieden werden:

In der Zeit von Juli 2024 bis November 2025 wird der Zuschlag getrennt von der Rente ausgezahlt. Ab Dezember 2025 wird er zusammen mit der Rente in einer Summe ausgezahlt.

Wie hoch wird der Zuschlag sein?

Bei einem Rentenbeginn in der Zeit von Januar 2001 bis Juni 2014 beträgt der Zuschlag 7,5 Prozent vom Zahlbetrag.

Liegt der Rentenbeginn in der Zeit von Juli 2014 bis Dezember 2018, gibt es einen Zuschlag in Höhe von 4,5 Prozent vom Zahlbetrag.

Mehr Informationen unter
www.gesetze-iminternet.de

Zur Kürzung der Rentenleistungen von ehemaligen Angehörigen der Deutschen Volkspolizei werden wir in unserer nächsten Ausgabe berichten.

Steffen Haupt, TIG Chemnitz



Leipzig, 14. August 2024 EHRUNG UNVERGESSENER HELDENTATEN SOWJETISCHER KRIEGSGEFÄNGNER – EIN BEITRAG GEGEN DAS VERGESSEN

Am 05. August 2024 ehrten Mitglieder der TIG Leipzig und des Stadtverbandes Leipzig der Partei „Die Linke“ am Denkmal „Internationales Antifaschistisches Komitee“ den vor 80 Jahren im KZ Auschwitz-Birkenau ermordeten sowjetischen Helden und Kriegsgefangenen Nikolai Rumjanzew. Er war sowjetischer Zwangsarbeiter in den Mitteldeutschen Motorenwerken (MIMO) in Taucha und der Hugo Schneider AG (HASAG) in Leipzig. Gemeinsam mit anderen sowjetischen Zwangsarbeitern und deutschen Kommunisten gründete er 1943 nach seiner Flucht aus dem Zwangsarbeiterlager in Leipzig-Kleinzschocher

das „Internationale Antifaschistische Komitee“ (IAK). Das IAK bestand aus sowjetischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und deutschen Kommunisten. Sie organisierten den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, indem sie in Zwangsarbeitslagern Flugblätter verbreiteten, um einen Aufstand vorzubereiten. 1944 wurde das „Internationale Antifaschistische Komitee“ aufgedeckt. Am 31. Mai 1944 wurde Nikolai Rumjanzew verhaftet und am 05. August 1944 im KZ Auschwitz-Birkenau ermordet. In einer Zeit massiver Geschichtsumschreibungen, zunehmender Verleumdungen der Heldentaten der Sowjetarmee, des Verschweigens der historischen Befreiungstat der Sowjetunion und des heldenhafte Widerstandes unzähliger sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter in Deutschland ist es uns wichtig, gegen diese Geschichtsfälschungen aufzutreten und diese historischen Leistungen auch für zukünftige Generationen zu bewahren.

Gerald Böhm, TIG Leipzig

WERTER WOLFRAM ADOLPHI, Dir wurde in „ISOR aktuell“, 07/2024-Ausgabe, Gelegenheit gegeben, zu den Hintergründen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki uns etwas orientierend zu vermitteln. Die Überschrift lautete KRIEG DEM KRIEGE. Mit dem Artikel hast Du meines Erachtens den Nagel nicht auf dem Kopf getroffen. Du sprichst von einem doppelten Ziel, welches die USA, also die US-Eliten, verfolgt haben, nämlich zum einen, um Japan endgültig in die Knie zu zwingen und zum anderen, um der Welt zu zeigen, dass man über eine die Weltherrschaft fortdauernd garantierende Waffe verfüge. Da fehlt mir vor allem, dass der Adressat die UdSSR war! Na wem galten die Abwürfe denn sonst? Bitte nicht außer Acht lassen, dass Truman bei den am 03. August endenden Verhandlungen zum Potsdamer Abkommen Stalin süffisant mitteilte, dass man nunmehr eine Waffe habe, die ungeheuerliche Zerstörungskraft hätte. Kein Wort zu den längst geplanten Abwürfen. Wenn man weiß, dass Truman ein Tag nach dem Überfall der fasch. Wehrmacht auf die UdSSR in einem führenden Blatt in den USA ver-

SIE BESORGEN DAS POLITISCHE GESCHÄFT DER FASCHISTEN

In der pommerschen Kleinstadt Nowogard ist am 22. Juli ein weiteres antifaschistisches Denkmal abgerissen worden, das ursprünglich der polnisch-sowjetischen Waffenbrüderschaft gewidmet war. Von 561 Denkmälern(1997) und anderen Gedenkorten für sowjetische Soldaten gibt es wohl nur noch etwas über 30. Das faschistische Deutschland hatte sich die brutale und endgültige Auslöschung der Sowjetunion zum Ziel gesetzt und marschierte mit ihrer Wehrmacht über Polen brandschatzend und mordend in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein. Unter unendlichem Leid und millionenfachen Verlusten an Menschen und Material befreite die Rote Armee im engen Verbund mit polnischen Verbänden ihre Heimat und Europa vom Faschismus.

kündete, dass die USA erst zuschauen würde, wie sich Deutschland und die UdSSR „zerfleischen“, dann ist doch auch klar, um welches Doppelziel es den US-Eliten ging:

1. Verhinderung des Erfolgs einer echten alternativen Gesellschaft in der UdSSR und 2. Zerschlagung eines imperialistischen Konkurrenten! Außerdem hat meines Wissens Japan bereits vor dem 06. August die Bereitschaft zur Kapitulation signalisiert, es wollte dies allerdings in einer dem Kaiser gesichtswährenden Weise aushandeln. Ferner hatte mit der Zerschlagung der Kwantungarmee in China die Rote Armee die entscheidende Weichenstellung zum Sieg über das faschistische Regime in Japan gelegt, oder? Und dann die pazifistische Überschrift „Krieg dem Kriege“. Es gab mal eine Ruf der lautete „Krieg den Palästen“, da wusste man um was gehen sollte, aber vor dem Hintergrund des Geschehens in und um die Ukraine, ist das einfach eine nebulöse Überschrift. Ich vermisste in dem Artikel die Parteinaahme eines Rainer Rupp.

Mit solidarischen Grüßen, Gunther Rennwanz, vom TIG Neubrandenburg, 28. 07. 2024

Die Ehrung der Helden in Wort, Schrift und Erinnerungsstätten war und ist wohl das Mindeste an Respekt, was ihnen gebührt. Zugleich ist es Erinnerung und Mahnung für uns und spätere Generationen im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Was den deutschen Faschisten nicht gelang, besorgen nunmehr fanatische und von Hass gezeichnete Politiker und Amtsträger in Polen. Damit besorgen sie eifrig das Geschäft revanchistischer Geschichtsschreiber und faschistischer Propagandisten im Kampf gegen die Sowjetunion und treffen jetzt Russland. Die toten sowjetischen Soldaten und Befreier Polens werden mit der Denkmalstürmerei symbolisch ein zweites Mal öffentlich hingerichtet. Polen tritt damit als EU und NATO-Mitglied die so vielbeschworenen westlichen Werte mit den Füßen und demaskiert sich als demokratischer Staat. Raimon Brete, Chemnitz



Mein gesellschaftliches Bekenntnis und meine Erwartungen



05. 08. 24 „Unsere Demokratie und ihre Widersprüche“ Kaum ein anderer gesellschaftlicher Begriff wird in der heutigen Zeit einer so vielseitigen Deutung und zweckdienlichen Auslegung unterzogen wie der der Demokratie. Der Duden formuliert vereinfacht so: Die Demokratie ist die „Staatsform, in der die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben.“ Nun gibt es aber verbreitete Volksmeinungen, die belegen, dass gegen diese Feststellung erhebliche Einwände bestehen. Daher ist es sinnvoll, der Entstehung und Entwicklung des Begriffes Demokratie nachzugehen und* die vermeintlichen Widersprüche aufzudecken.

Die Prägung des Begriffes Demokratie – demos (Staatsvolk) und kratein (Herrschaft) = Volksherrschaft - erfolgte aus der ursprünglichen „Abstimmungspraxis“ in den griechischen „Stadtstaaten“. Spätere Gesellschaften waren zunächst gekennzeichnet durch die Herrschaft des Feudaladels einerseits und die wachsenden Unruhen der Volksmassen mit ihren Forderungen nach Demokratie und Gerechtigkeit andererseits. Da sich die Herrschenden dem ständig wachsenden Druck der Bevölkerung nicht mehr anders erwehren konnten, räumten sie ihr gewisse Zugeständnisse ein. Dabei waren sie bemüht, den Begriff „Demokratie“ durch geschickte Modifizierungen so darzustellen, dass die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat verschleiert werden um dadurch in der Mehrheit der Bürger „befriedigende“ Illusionen zu wecken. Der Sinn ihres Vorgehens bestand darin, der Bevölkerung weiszumachen, dass sie durch periodisch stattfindende Wahlen von Vertretern verschiedener Parteien die Möglichkeit hätten, berufene Vertreter für Volksversammlungen bzw. Parlamente auszuwählen. Sie sollten damit befugt werden, in allen Sphären des Staates zu „herrschen“ und zu „entscheiden“. Die Wirklichkeit bot dann allerdings ein differenzierteres Bild. Unbestritten ist, dass die eigentlichen Machtverhältnisse im Staat auch nach der Entscheidung über die Zulassung von Wahlen prinzipiell unverändert blieben, bezüglich der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben aber geteilt sein können. Diese Manipulation wurde allerdings in ihrer Widersprüchlichkeit von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gleich erkannt.

Der für seine scharfsinnigen Formulierungen bekannte Bundesminister der BRD, Seehofer, charakterisierte die in den kapitalistischen Staaten praktizierten Demokratien durch ein lockeres,

„Wortspiel“ auf der Weltwirtschaftskonferenz 2010 einmal so: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden.“

Die wirklichen Machthaber in einem bürgerlichen Staat der jetzigen Zeit, die Zugang zu und Verfügungsgewalt über das Staatsvermögen haben, sind und bleiben also die Bosse, Großaktionäre und Teilhaber der Banken, Versicherungen und Konzerne mit ihren internationalen Verflechtungen. Sie befinden sich nahezu vollständig in privaten Händen. Dieser Bereich mit seinen Institutionen ist von keiner Wahl betroffen und unterliegt weder einer wirklichen gesellschaftlichen Kontrolle noch einer verbindlichen Einflussnahme durch andere Bereiche der Gesellschaft. Er ist, abgesehen von periodisch stattfindenden Wahlen, in seinen Entscheidungen und Handlungsweisen weithin autark. Insofern verkörpert er die klassische Staatsform des „Kapitalismus“. Im offiziellen Sprachgebrauch nennt man ein solches Gesellschaftssystem aber dennoch „Demokratie“. Wenn der entscheidende charakteristische Bereich der Gesellschaft mit der Verfügungsgewalt über die Werte und das Vermögen eines Staates nicht zur Wahl steht, sondern nur jener, der für eine Wahlperiode die Geschick und Belange im Staat zu gestalten und zu regeln hat, so ist seine Bezeichnung als „Demokratie“ zumindest unvollkommen. Sie verschleiert die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat. Die in Wahlen gewählten Personen aus verschiedenen Parteien sind daher, gesellschaftlich betrachtet, die zeitweilig eingesetzten Vertreter der eigentlichen Machthaber. Formell liegt eine gewisse „Machtteilung“ vor, eine Teilung der Kompetenzen nach „Macht- und Staatsapparat“. Zum „Machtapparat“ gehören die Bosse und Teilhaber der Konzerne, mit ihren Einrichtungen wie Börsen, Banken und Versicherungen, die nicht zur Wahl stehen. Zum „Staatsapparat“ zählen jene Personen und Einrichtungen, denen mit der Wahl zeitweilig „Machtkompetenzen“ übertragen werden, die zur Gestaltung und Regelung der Belange des Staates in der jeweiligen Wahlperiode erforderlich sind. Wenn also der eigentliche Bereich der Macht, das Kapital, mit seinen Einrichtungen nicht gewählt wird, stellt nur der gewählte Staatsapparat jenen Teilbereich dar, für den die Bezeichnung „Demokratie“ zutreffen würde.

Ehrlicherweise hätte man eine solche Gesellschaftsform auch eher nach ihrem tatsächlichen Charakter „Demokratie im Kapitalismus“ bezeichnen müssen. Stattdessen wird in den

bürgerlichen Medien lauthals und übereinstimmend immer wieder verkündet, dass die in ihren Staaten praktizierte, auf privat-kapitalistischer Basis gestützte Demokratie die einzige richtige sei. Mehr noch. Sie ist für sie der einzige gültige Wert-Maßstab, das Paradigma, an dem Wert und Unwert aller anderen Systeme gemessen und beurteilt werden.

Mit gleicher Intensität werden jene Demokratien, wie etwa die der früheren DDR oder anderer Staaten, mit einer sozialistischen Orientierung beurteilt und als „Parteidiktatur“ verketzt. Bürgerliche Interpreten sahen und sehen darüber hinaus allein in der Existenz solcher Demokratien eine Bedrohung für das Fortbestehen ihrer „kapitalistischen Demokratien“. Sie dürfen auf keinen Fall als Alternative für ihre kapitalistischen Systeme erscheinen. Das geschieht mit einem Argwohn gegenüber allen anderen Systemen, in denen sich auch nur die Tendenz der Entwicklung zu einer auf gesellschaftlichem Eigentum basierende Gesellschaftsform abzeichnet. Wie jüngste Ereignisse zeigen, schließt das selbst militärische Aktivitäten nicht aus, was zu nicht absehbaren Folgen führt. Mit welcher Intensität man bereit ist, mit militärischen Aktionen gesellschaftliche Probleme lösen zu wollen, haben die letzten Jahrzehnte auf allen Kontinenten der Welt gezeigt. Daher sei auch in diesem Zusammenhang auf prinzipielle gesellschaftliche Zusammenhänge hingewiesen:

Es sollte immer davon ausgegangen werden, dass Privateigentum an Produktionsmittel naturgemäß die eigenen persönlichen Interessen in den Vordergrund rückt und eher zur Isolation und Vereinzelung führt. Dagegen führt Gemeinschaftseigentum eher zu Verbundenheit und Gemeinsinn. Die Wahrheit ist daher, dass eine auf Finanzkapital und Privateigentum an Produktionsmitteln gestützte Macht logischerweise nicht, wie in offiziellen Darstellungen immer wieder vorgetäuscht wird, auf die Befriedigung der Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung gerichtet. Sie ist logischerweise vorrangig auf ihre eigenen privat-persönlichen Interessen und Bestrebungen wie Gewinn und Übervorteilung ausgerichtet. Wie wäre denn sonst die sich in kapitalistischen Staaten immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich zu erklären, die überall unermessliche Ausmaße aufweist. Hätten statt privat-kapitalistische Gewinninteressen, wirklich demokratische, gesellschaftsdienliche Einflüsse im Vordergrund gestanden, wären solche desaströsen Vermögensverteilungen, wie sie in den gegenwärtigen kapitalistischen Staaten bestehen, nie entstanden. Eine Gegenüberstellung der Vermögensverteilung in der BRD vermittelt dafür ein typisches Bild „kapitalistischer Demokratien“: - Allein in Deutschland gibt es 126 Milliardäre. Das sind Bürger, die über eine kaum vorstellbare Summe von „tausend Millionen“

Euro verfügen und darüber hinaus etwa 1,6 Millionen Bürger, einschließlich vieler Spitzenpolitiker bürgerlicher Parteien, von denen jeder mehr als eine Million Euro ihr Eigen nennen. - Die Wohlhabenden, etwa 10 % der Bevölkerung, verfügen über 90 % des Gesamtvermögens des Staates. Und umgekehrt teilt sich die übergroße Mehrheit der Bevölkerung von 90 % die verbleibenden 10 % des Gesamtvermögens. Zur Bilanz der „Demokratie“ in Deutschland gehört leider auch die Tatsache, dass jeder 6. Bürger in Armut lebt. Seit Bestehen dieses Systems gibt es Jahr für Jahr mehrere Millionen Bürger als Arbeitslose oder gar als abgeschriebene Empfänger von Bürgergeld, abseits jeder Aufstiegschance. Wie viel Millionen Bürger, als „wohnungslos ausgemustert“ sind, auf der Straße und in verlassenen Winkeln kampieren, weiß niemand. Sie fristen ihr Dasein durch eine Versorgung aus der „Tafel“, oder einfach durch Betteln um Almosen. Diese Kategorie Menschen hat niemand gezählt. Sie erscheint in keiner offiziellen sozialen Analyse, als würde sie nicht existieren. Sie sind abgeschrieben. Abgeschrieben, weil sie das schöne Bild der Demokratie verunzieren und die sozialpolitische Schieflage in Deutschland offiziell sichtbar machen würden. Das ist leider die negative soziale Seite des gegenwärtigen Deutschlands.

Ob die sozialpolitischen Analytiker wohl erkennen, dass die bezeichnete Schieflage besonders im Bereich der ehemaligen DDR vorzufinden und wie oder wodurch sie entstanden ist? In der Erwartung eines versprochenen und erträumten „Wohlstandslandes“ und der „blühenden Landschaften“ - wie ein Herr Kohl sie versprochen hatte - haben sich die Bürger den Abbau des DDR-Systems, jahrzehntelange Geringsschätzungen und Erniedrigungen bieten lassen. Niemand, weder eine etablierte Partei, noch eine Persönlichkeit haben sich couragiert, öffentlich und mit allem Nachdruck für den Erhalt der DDR ausgesprochen. Da das DDR-System für die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf gar keinen Fall - und sei es nur in einzelnen Sphären - als mögliche Alternative für ihr überholtes kapitalistisches System erscheinen durfte, geschah das, was westliche Politiker vorgegeben hatten. Die DDR musste in der Öffentlichkeit als verarmtes Land und ihr System als rechtswidrig erscheinen. Sie nahmen sich das „Recht“ heraus entsprechende Umstrukturierungen in der ehemaligen DDR in ihrem Sinne vorzunehmen. Sie kamen mit der Vorstellung, als hätten sie es in der DDR mit einem zurückgebliebenen, und nun endlich besiegt mittelalterlichen „Stamm“ zu tun. Unsere Art Demokratie und unser Denken waren für sie nicht nur falsch, sondern für ihr eigenes System vor allem gefährlich. Sie glaubten daher, es in allen gesellschaftlichen Sphären mit aller Gründlichkeit ausmerzen zu müssen. Sie besetzten bei uns alle Positionen mit Leuten,

die „westdeutsch“ denken konnten und machten sich mit einer Gründlichkeit ans Werk, die weder Widerspruch noch Widerstand duldeten. Es gab 1990 bei den jetzt Herrschenden auch nicht die Spur der früheren Vorstellungen der SPD unter Willy Brandt, Bahr und La Fontaine vom „Zusammenwachsen“ beider deutscher Staaten. Das Ganze wurde begleitet von einer völlig gleichgeschalteten Propaganda aller Medien.

Seit der Existenz der DDR wurden die schlimmsten und schmutzigsten Meldungen über ihr System und die Verhältnisse in die Welt gesetzt. Nach Wahrheit und Richtigkeit wurde nicht gefragt. Hauptsache war, dass die Meldungen geeignet waren, das gesellschaftliche System der DDR und ihre Vertreter zu verleumden. Bürger in verantwortlichen Positionen wurden verleumdet und Angehörigen der Sicherheitsorgane, besonders des MfS, wurden die schmutzigsten und widerlichsten Verbrechen vorgeworfen, die völlig frei erfunden waren. Die DDR war für sie eben ein Staat, an den kein positiver Gedanke übrigbleiben durfte und der ausgemerzt werden musste.

Vor diesem Hintergrund geschahen Dinge, die man einfach nicht für möglich hielt. Betriebe wurden geschleift oder umgerüstet. Andere wurden geschlossen und stillgelegt, „weil sich kein Käufer“ fand. Mit solchen und ähnlichen Methoden wurde die wirtschaftliche Leistungskraft der DDR immer weiter gegen „Null“ gefahren. Der Bevölkerung hatte man eingeredet, dass radikale wirtschaftliche Umstrukturierungen notwendig seien, um den Leistungsanschluss an die BRD zu erreichen, für den wir dankbar sein sollten.

An dieser „Erwartung“ hat sich bis heute nichts geändert. Auch nicht an der Tatsache, dass die DDR-Bürger seit dieser Zeit im gleichen Staat, in gleichen Betrieben und Einrichtungen über 20% geringere Löhne und Gehälter empfangen und folglich auch die entsprechenden Folgen bezüglich der Renten hinzunehmen haben. Man sollte sich die Zeit nehmen, einmal nachzurechnen, auf welche Summe sich der eigene Schaden in 30 Jahren beläuft. Und geändert hat sich auch nichts an der Tatsache, dass man in den Medien nach den auffällend unterschiedlichen Wahlergebnissen - wie jetzt nach der Europawahl 2024 - immer wieder darüber „rätselt“, woran es wohl liegen könne, dass die Ostdeutschen mit den bestehenden Verhältnissen immer noch unzufrieden sind. Die Bevölkerung der DDR ließ das in der Vergangenheit alles über sich ergehen, weil sie zu sehr darauf vertraute, „Blühende Landschaften“ zu erleben. Die dafür aufgegebenen Verhältnisse in der DDR, die selbst geschaffenen Werte, schienen bei vielen Bürgern plötzlich nichts mehr wert zu sein. Das Volkseigentum, das die eigentliche Grundlage für ihre Existenzsicherheit bildete, das beispielgebende Bil-

dungssystem, das gesicherte Gesundheits- und Sozialwesen, die Kollektivität und der verbreitete Gemeinschaftssinn wusste man plötzlich nicht mehr zu schätzen. Andererseits muss aber auch eingeräumt werden, dass während der DDR-Zeit viel zu wenig getan wurde, jeden Bürger spürbar miterleben zu lassen, sich als Miteigentümer an den Werten des Staates zu fühlen. Man war vielmehr gern bereit, für die in Aussicht gestellte Zukunft einen horrenden, unvorstellbaren Preis zu zahlen. Der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, hat uns in seiner Rede in Bochum zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR erinnert, welche unvorstellbaren Werte an „Volkseigentum der DDR in private Hände der BRD gelegt wurden:“ „Die Bundesrepublik übernahm von der DDR etwa 8000 Betriebe, 20 Milliarden Quadratmeter Agrarfläche, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, Forsten, Seen, 40 000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatoen, 5 500 Gemeindeschwesternstationen, Hotels, Ferienheime, das beträchtliche Auslandsvermögen der DDR, patente Kulturgüter, geistiges Eigentum und manches mehr. Die DDR hinterließ der Bundesrepublik keine Erb- last in Höhe von 400 Milliarden DM - wie behauptet wird - sondern ein Volksvermögen von 1,74 Billionen D-Mark (das sind 1740 Milliarden D-Mark) an Grundmitteln und 1,25 Billionen Mark (1 250 Milliarden D-Mark) im produktiven Bereich, ohne den Wert des Bodens und den Besitz von Immobilien im Ausland gerechnet.“ Das war der materielle Preis, den die Bürger der DDR zu zahlen hatten. Bezuglich des ideellen Preises, was man dafür an Lebenssicherheiten aufgegeben hat, ist kaum auszudrücken. Man lebt immer noch in der Verblendung, endlich die Prophezeiungen erleben zu können. Eine dauerhafte Lösung und Änderung der zuvor skizzierten Probleme und Widersprüche ist aber erst dann zu erwarten, wenn sich am kapitalistischen System der BRD etwas ändert. So müsste der „Staatsapparat“ vor allem als der Sachwalter und Interessenvertreter der Mehrheit der Bevölkerung fungieren. Als solcher müsste er befugt sein, wirksame Kontrollen und einen entscheidenden Einfluss auf die Sphäre des eigentlichen „Machthaber des Staates“ auszuüben, die nicht wie bisher an den Werktoren der Konzerne, Banken und Profiteure endet. Das ist durchaus kein simples Wunschenken, sondern eine absolut mögliche Weiterentwicklung der gegenwärtig existierenden Demokratie, die die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung finden würde. Das entspricht auch dem Grundgedanken des mit dem Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgezeichneten Buches von Prof. Warning: „Aufbruch in eine demokratische Wirtschaft“. Erst dann verdient ein gesellschaftliches System eines Staates wirklich die Bezeichnung: „Demokratie“.

Dr. sc. jur. Heinz Günther, Berlin



Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin

NEIN zu Kriegen

**NEIN ZU KRIEG UND
HOCHRÜSTUNG!
JA ZU FRIEDEN UND INTER-
NATIONALER SOLIDARITÄT**

**Es ist an der Zeit: Bundesweiter Protest
gegen Krieg und sozialen Niedergang**

Angesichts der immer bedrohlicheren Kriegssituation und der immer weiter forcierten Aufrüstung und Ausweitung der Kriege muss die Friedensbewegung ein deutliches Zeichen gegen den militärischen Wahnsinn setzen. Die Initiative „Nie wieder Krieg“, die schon zum 25. November 2023 in Berlin die Friedensdemonstration organisiert hatte, ruft zu einer großen Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 nach Berlin auf.

Im Herbst will der Bundestag den Haushalt 2025 verabschieden, den man nur noch als Kriegsetat bezeichnen kann. Das ist ein Kriegs- und Krisenhaushalt mit Umverteilung von unten nach oben sowie der Aus-

druck einer von der Ampel unter Mithilfe der Mehrheit der Opposition durchgedrückten gesellschaftlichen Neuorientierung auf Krieg und autoritärer Krisenbewältigung. Die Folge der völlig verfehlten Regierungspolitik sind die Gefahr der Deindustrialisierung und Demokratieabbau.

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen - einschließlich der Bundesregierung - immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den

Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen“, heißt es im anliegenden Aufruf.

In dieser politischen Situation gehört Mut dazu, zum eigenständigen Handeln aufzurufen. Wir haben ihn und wollen den Protest bundesweit auf die Straße tragen. „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ (<https://nie-wieder-krieg.org>) ist unsere Antwort auf die Kriegspolitik der Bundesregierung und die asozialen Konsequenzen deutscher Kriegsbeteiligung sowie die Unterstützung einer uns selbst schädigenden Sanktionspolitik.

Wir wenden uns mit dieser bundesweiten Demonstration an alle Menschen, die mit tun wollen, aus der Sackgasse von Konfrontation und Krieg herauszukommen. Lasst uns alte Streitigkeiten, Differenzen, unterschiedliche Einschätzungen zurückstellen, um in dieser Situation größter Gefahr für den Weltfrieden gemeinsam zu handeln. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und viele unterschiedliche Kräfte zum gemeinsamen Handeln ermutigen. Eigenständige Aufrufe aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Aufrufe von Organisationen und Initiativen sind willkommen. Alle tragen dazu bei, eine positive Atmosphäre für die bundesweite Demonstration zu schaffen.

**Aktuelles immer auf der Webseite:
<https://nie-wieder-krieg.org>**

ARTISTIK AN DER ABBRUCHKANTE

Genippt, gewippt, nicht ausgeflippt,
Hieß zeitlang deutsches Hoffen.
Nun ist auch Olaf umgekippt:
Endergebnis: offen!

Wer andern eine Grube gräbt,
Darf sich, bei Gott, nicht wundern,
Wenn Andrer nicht nur Wort erhebt,
Um hart retourn zu zundern.

Was daraus resultiert, zeigt Bild:
Die Helme sprechen Bände.
Die Aussicht: Gegenteil von Mild.
Es wär' das Menschheitsende!

Lutz Jahoda 2.6.24



Ein aktuelles Beispiel, wie derzeitige Medien- und Meinungsbildungspolitik funktioniert

Der Ukrainekrieg: die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO / Lothar Schröter



I. Auflage. -
Berlin edition ost
2024
347 Seiten, 24 cm
ISBN:
978-3-360-02815-0
Festeinband
EUR 32.00

Dr. Lothar Schröter hatte in der NVA den Rang eines Majors inne und profilierte sich nach dem Mauerfall als Militärhistoriker, der bereits zahlreiche Schriften vorgelegt hat. Dieses Buch will nun die tieferen Ursachen, die strategische Ausgangslage und den bisherigen Verlauf des seit mehr als zwei Jahren wütenden Ukrainekriegs belichten. Der Autor bemüht sich formal um Objektivität, was seine zahlreichen, aber sehr selektiven Quellen belegen sollen. Trotzdem: dieser Text nimmt einen sehr klar pro-russischen Standpunkt ein, der jegliche Verantwortung bei der NATO ablädt und nebenher des Öfteren die DDR und die Sowjetunion glorifiziert. Dass Schröter allen Ernstes behauptet, dass sich Völker wie die Polen, die Kasachen oder die Litauer nach der Sowjetherrschaft zurück sehnen...“ Eine derartige Aussage findet sich in meinem Buch nirgends. Es ist schade, dass die ekz Gruppe auf „Rezessenten“ wie Herrn Herger zurückgreift. Dessen Aufgabe wohl weniger ist, ein adäquates Bild von jedem seiner betrachteten Büchern zu vermitteln als vielmehr einen Verriss von Schriften vorzunehmen, deren wissenschaftliche Aussagen ihm nicht passen.

*Mit freundlichen Grüßen
Dr.sc. Lothar Schröter, 15.08.2024*

Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist die Rezension von Tobias Herger zu meinem Buch „Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“ zugeleitet worden.

Dass Herrn Herger eine wissenschaftliche Analyse zum Ukrainekrieg, die dem Mainstream nicht folgt, nicht gefällt, ist seine Sache. Nicht akzeptabel aber sind seine Verzerrungen, auf die ich nicht alle eingehen kann, und eine glatte Lüge. Ich brauchte mich nicht erst nach dem „Mauerfall“ als Militärhistoriker zu profilieren. Das war ich seit 1974. Selektive Quellen? In den 679 Fußnoten befinden sich zugegebenermaßen Quellen, die im Mainstream der deutschen Medien- und Zeitgeschichtswissenschaft nicht auftauchen. Weil sie nicht das gängige Raster bemühen. Dazu aber jede Menge Originalquellen: NATO-Hauptquartier, USA-Außen- und USA-Verteidigungsministerium, Bundesregierung, General Harald Kujat, Klaus von Dohnanyi usw. usf.

Herr Herger unterlässt es, seine Behauptungen zu beweisen und sich konkret-historisch mit meinen Thesen auseinanderzusetzen. Dafür wird er seine Gründe haben. Sein Verriss meines Buches geht bis zu einer glatten Lüge: „Dass Schröter allen Ernstes behauptet, dass sich Völker wie die Polen, die Kasachen oder die Litauer nach der Sowjetherrschaft zurück sehnen...“

Eine derartige Aussage findet sich in meinem Buch nirgends. Es ist schade, dass die ekz Gruppe auf „Rezessenten“ wie Herrn Herger zurückgreift. Dessen Aufgabe wohl weniger ist, ein adäquates Bild von jedem seiner betrachteten Büchern zu vermitteln als vielmehr einen Verriss von Schriften vorzunehmen, deren wissenschaftliche Aussagen ihm nicht passen.

Taschenbuch

Globale Kriege, Sozialraub, Repression - ein neuer Faschismus?

Podiumsdiskussion des Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V. am 20.06.2024 in der Reihe das OKV diskutiert

Printausgabe: 4,- Euro
ISBN-13: 979-8334230620

Podiumsdiskussion des OKV e. V. am 20.06.2024 in der Reihe das OKV diskutiert. In dieser Diskussion wurden Anregungen zum Faschismus im Heute gegeben sowie bei der Veranstaltung auch schon kontrovers diskutiert. In der vorliegenden Schrift sind der Link zum Anhören der Veranstaltung sowie die bis zum Monatsende Juli 2024 eingereichten Diskussionsbeiträge enthalten.



Die Reihenfolge im Buch entspricht der in der Veranstaltung. Ergänzt wurde die Zusammenstellung durch eine Erklärung des OKV sowie der Sicht auf den Faschismus im Jahr 1945 durch Walter Ulbricht.

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Joachim Bonatz
Postanschrift:

ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Vertrieb: Peter Ott,
isor-berlin@t-online.de
Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung:
Druckerei Gottschalk
Internet:

www.isor-sozialverein.de
ISOR aktuell dient der
Information von Mitgliedern
der ISOR e. V. und interessier-
ten Bürgern und kann nicht
bei Behörden als rechtsver-
bindliche Auskunft benutzt
werden.
Bei namentlich gekenn-
zeichneten Beiträgen sind die
Autoren für deren Inhalt ver-
antwortlich.
Die Redaktion behält sich
Sinn wahrende Kürzungen
vor.

Redaktionsschluss: 21.08.2024
Print- und Internetausgabe:
03.09.2024
Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe: 25.09.2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Termine im Büro nach tel.
Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338-750 76 92
E-Mail: isor-stat@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
IBAN:
DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX